

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 133 (1967)
Heft: 11

Artikel: Das militärische Bündnissystem in Osteuropa (Schluss)
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-43782>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

George M. Chinn, «The Machine Gun», Band 1, Bureau of Ordnances, US Navy, Washington 1951.
Oberst F. Gertsch, «Maschinengewehre», Bern, Januar 1917.
Hauptmann Öfele, München, «Ein neues Mehrladegewehr als vorläufiger Ersatz für den Selbstlader», «Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitung Nr. 47, S. 376, Basel 1912.

Major Häusermann, «Zur Gewehrfrage», «Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitung», Nr. 52, S. 418, Basel 1912.
Jaroslav Lugs, «Handfeuerwaffen», Band 1 und 2, Berlin 1962.
Kaisertreu, «Die prinzipiellen Eigenschaften der automatischen Feuerwaffen», Wien 1902.
Oberst K. Egli, «Schweizer Heereskunde», Zürich 1912.
Hermann Gurtner, «Wehr und Waffen», Verlag Elma 1936, Bern.
Bilder: Yves Siza, Genf.

Das militärische Bündnissystem in Osteuropa

Von Michael Csizmas (Schluß)

Die Wehrorganisation

Die Standard-Armeeorganisation der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages folgte längst vor dem Abschluß des Militärpaktes dem sowjetischen Beispiel. Das bedeutet, daß alle Divisionen der osteuropäischen Staaten etwa eine Stärke von 11 000 Mann für die infanteristischen und etwa 9000 Mann für die gepanzerten Divisionen haben, wobei die Masse der Divisionen in Friedenszeiten nicht in voller Stärke vorhanden ist. Auch die Gliederung der Einheiten bis hinab zum Zug entspricht der sowjetischen Armeeorganisation. Alle Paktarmeen haben die politische Gliederung der Sowjetarmee übernommen und haben dementsprechend in allen Verbänden vom Bataillon an aufwärts politische Offiziere. Ebenfalls gibt es einen Sicherheitsdienst in allen Paktarmeen, der mit der sowjetischen GRU verhältnismäßig eng zusammenarbeitet. Zu den meisten Armeen gehören noch Bautruppen, in denen unzuverlässige Elemente oder notorische Kriegsdienstverweigerer dienen müssen.

Zum Zwecke der Koordination der militärischen Aufgaben stellt die Sowjetarmee den Teilnehmerländern des Warschauer Vertrages bereitwillig Berater und Ausbildungsmaterial zur Verfügung. Die Angleichung der Volksarmeen beginnt bei den militärischen Vorschriften, den Waffen, dem Aufbau und der Organisation und bezieht sich auf alle denkbaren Einzelheiten. Die sowjetische militärische beratende Körperschaft verfügt vor allem in Ungarn und in der DDR über weitgehende Vollmachten. Weniger auffällig ist die Tätigkeit des sowjetischen Militärberaterstabes in den anderen volksdemokratischen Staaten. In Bulgarien erfolgt die Ausbildung der Besatzungen der Kriegsschiffe durch sowjetische Offiziere unter Leitung eines Konteradmirals. In Polen und in der CSSR sind die anwesenden Sowjetoffiziere eher militärtechnische Instrukteure oder Verbindungs-offiziere, die aus der Stellung dieser Länder innerhalb des Paktes erklärlich ist²⁹.

Der Aufbau der Militärverwaltung der Paktländer folgt dem sowjetischen Organisationsschema. Die höchste Befehlsgewalt über die Streitkräfte liegt vor allem in den Händen des Generalsekretärs des Zentralkomitees (ZK) der kommunistischen Partei des jeweiligen Landes. Das ZK der Partei hat das Recht, Richtlinien, Weisungen und Anordnungen zu erlassen. Im ZK ist in der Regel ein Verteidigungsrat für die Armee organisiert. Das Politbüro des ZK als das eigentliche Führungsgremium beschließt für die Streitkräfte alle prinzipiellen Fragen der Militärpolitik und der Führung. In den Truppenverbänden kontrolliert die «Abteilung Streitkräfte» des ZK alle wesentlichen Tätigkeiten. Die Kontrolle des ZK durch die «Abteilung Streitkräfte» beschränkt sich also nicht nur auf die eigentlichen Parteiangelegenheiten, sondern kümmert sich auch um rein militärische Fragen.

²⁹ Erich F. Pruck: Der rote Soldat, München, 1961, S. 209. Vgl. ferner: Thomas M. Forster: NVA – Die Armee der Sowjetzone, Köln, 1964, S. 53.

Das Verteidigungsministerium kann ohne vorherige Zustimmung der «Abteilung Streitkräfte» im ZK keine generellen Anweisungen erlassen.

Als weisungsberechtigte höchste staatliche Behörde erläßt der Staatsrat oder Präsidialrat der Republik die Gesetze, während der Ministerrat durch Verordnungen und Beschlüsse die Aufgaben der Volksarmee festlegt.

Oberste militärische Führungs- und Verwaltungsbehörde für die Volksarmee ist das Verteidigungsministerium, an dessen Spitze der Verteidigungsminister steht. Er übt innerhalb der Streitkräfte die oberste Befehlsgewalt aus. Für die Führung der Volksarmee stehen ihm ein erster Stellvertreter und eine Reihe von weiteren Stellvertretern zur Verfügung. Jeder Stellvertreter des Verteidigungsministers ist innerhalb der Volksarmee für ein bestimmtes Arbeitsgebiet verantwortlich. Die Zahl der stellvertretenden Verteidigungsminister ist von Land zu Land verschieden.

Im Rahmen des Verteidigungsministeriums sind das Kollegium des Ministeriums, der Technisch-Wissenschaftliche Rat und der Rat für Wissenschaftliche Koordination als Beratungsorgane tätig.

Die wichtigsten Abteilungen des Verteidigungsministeriums sind:

- a) Der Generalstab (Organisation, Ausbildung, Führung);
- b) Die Hauptverwaltung Hinterland (Logistik: Transport, Nachschub, Versorgung aller Art);
- c) Die Politische Hauptverwaltung (Ideologische Schulung, politische Überwachung).

Ferner gehören zum Verteidigungsministerium Verwaltungen und Abteilungen von unterschiedlicher Bedeutung und Größe. Das Verteidigungsministerium verwaltet ferner die Angelegenheiten der Zivilverteidigung und den Militärsportverband, der die paramilitärische Ausbildung der Jugend organisiert.

Das Ministerium für Inneres verfügt über weitere militante Kräfte, die besonders innenpolitisch eine wichtige Rolle spielen. An erster Stelle müssen hier die Truppen des Staatssicherheitsdienstes genannt werden, die sowohl in der Bewaffnung als auch in der Ausbildung Eliteverbände mit verlängerter Dienstzeit darstellen. Die Grenztruppen werden ähnlicherweise aus ausgesuchtem Personal zusammengestellt. Die paramilitärischen Kräfte des Ministerium für Inneres sind: Polizei (Volkspolizei, Bereitschaftspolizei, Transportpolizei), Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Arbeitermiliz) sowie die Organisation des Luftschutzes. Sie unterstehen im Kriegsfall dem Verteidigungsministerium.

Die Entwicklung der Warschauer Paktorganisation

Kaum hatte die Warschauer Paktorganisation ihre Tätigkeit aufgenommen, wurde sie durch die Ereignisse in Polen und Ungarn in ihren Grundfesten empfindlich erschüttert. Die Ent-



Bild 16. Taktische Raketen – Hauptfeuerkraft der polnischen Landstreitkräfte.

stalinisierungswelle in Polen erzwang einen Wechsel in der Parteiführung gegen den Willen Moskaus. Wladyslaw Gomulka wurde durch die nationalkommunistischen Kräfte zum Leiter der KP Polens erkoren und es stand ein offener Konflikt mit der Sowjetführung bevor, der aber schließlich vermieden werden konnte. Nach den Oktober-Ereignissen kehrten die meisten sowjetischen Offiziere nach Rußland zurück; Rokossovskij mußte aus dem Politbüro der KPP ausscheiden und trat als Verteidigungsminister zurück. Auch in den übrigen hohen Kommandostellen sind die Sowjetgenerale durch polnische Offiziere abgelöst worden. Die polnischen Soldaten machten kein Hehl aus ihren antisowjetischen Neigungen; der offene Ausbruch wurde lediglich durch die Aufrufe Kardinal Wysinskis und die Konzessionen Moskaus an Gomulka verhindert, die bezeichnenderweise eine fühlbare Entstalinisierung und Entrussifizierung der Armee selbst einschlossen. Durch eine polnisch-sowjetische Vereinbarung ist am 18. November 1956 die Freizügigkeit der in Polen stationierten sowjetischen Truppen beträchtlich eingeschränkt worden. Als weiteres Beispiel der «Liberalisierung» ist die größere Unabhängigkeit der Armee von der Überwachung durch die Organe des Staatssicherheitsdienstes anzusehen. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf wurde am 30. Dezember 1957 dem Sejm zugeleitet³⁰.

Die Aufkündigung des Warschauer Paktes durch die Regierung Nagy in Ungarn war nur die Bestätigung einer bereits vollzogenen Tatsache. Der Warschauer Pakt ist in Wahrheit durch die Sowjetunion verletzt worden, indem sie ohne Zustimmung der ungarischen Regierung, ja gegen deren ausdrückliche Proteste, Truppenverstärkungen nach Ungarn entsandte. Der Warschauer Pakt bestimmt, daß Stärke und Verwendung der bewaffneten Formationen von den beteiligten Regierungen gemeinsam festzusetzen sind. Am 1. November 1956 begannen jedoch die Sowjettruppen die ungarische Grenze zu überschreiten und sich über das ganze Land zu verteilen. Sowjetbotschafter Andropow versicherte der ungarischen Regierung, daß es sich bloß um Bewegungen von Polizeikräften handle und daß keine neuen Militärformationen die Grenze überschritten hätten. Ministerpräsident Nagy zeigte ihm auf der Landkarte die Richtung,

in der sich die Sowjettruppen bewegten und ersuchte ihn dringend, bei seiner Regierung zu intervenieren, daß diese ihr feierliches Versprechen einhalte und in Erfüllung der Bestimmungen des Warschauer Paktes die im Lande stationierten Sowjettruppen dem Befehl des ungarischen Verteidigungsministers unterstelle. Andropow versprach, daß die Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde. Bald teilte er die Antwort Moskaus mit, wonach die feierliche Erklärung vom 30. Oktober bezüglich des Abzuges der Sowjettruppen eingehalten werden wird. Nagy verlangte hierauf ein förmliches Versprechen, daß keine neuen sowjetischen Truppen nach Ungarn entsandt werden. Andropow lehnte es jedoch ab, irgendeine diesbezügliche Verpflichtung einzugehen. Der Ministerpräsident berief daraufhin eine Konferenz der Parteileitung ein, an der Imre Nagy, Janos Kadar, Ferenc Münnich, Karoly Kiss u. a. teilnahmen. Die anwesenden Persönlichkeiten empfahlen, daß Ungarn sich unter Berufung auf die von der Sowjetunion mißachteten Verpflichtungen aus dem Warschauer Pakt zurückziehe. In seiner Eigenschaft als Staatschef begrüßte Istvan Dobi den Vorschlag und genehmigte ihn. Ministerpräsident Nagy berief den Botschafter Andropow wieder zu sich. In Anwesenheit der Regierungsmitglieder und der Militärexperten legte er ihm neue, präzise Beweise für die Ankunft sowjetischer Truppenverstärkungen vor. In dieser gespannten Situation erklärte Parteichef Kadar, als ungarischer Kommunist habe er die Pflicht, wenn nötig mit der Waffe in der Hand gegen diese Truppen zu kämpfen. Nagy erläuterte Andropow die Gründe für die sofortige Kündigung des Warschauer Paktes und die Proklamierung der Neutralität Ungarns³¹. Am 3. November begann ein gemeinsames Komitee ungarischer und sowjetischer Militärvertreter in Budapest über die Modalitäten des Abzuges der sowjetischen Truppen zu verhandeln. Die Sowjets ließen die ungarische Regierungsdelegation verhaften und ein umfassender Angriff sowjetischer Streitkräfte begann, der die ungarische Revolution niederwarf. Die sowjetische Regierung ignorierte oder wies alle Einsprüche, Forderungen und Resolutionen der UNO zurück, die einen Abzug der Truppen aus Ungarn verlangten. Rußland legte am 4. November 1956 gegen eine Resolution des Sicherheitsrates ihr Veto ein. Die UNO-Vollversammlung beschloß an jenem Tag: «... den Bruch der Charta durch die Regierung der UdSSR (zu) verurteilen, der darin besteht, Ungarn seiner Freiheit und Unabhängigkeit und das ungarische Volk der Ausübung seiner Grundrechte zu berauben³².»



Bild 17. Budapest 1956: Die erste bewaffnete Aktion auf Grund des Warschauer Vertrages – Kampf der Sowjettruppen gegen ein Mitgliedstaat.

³¹ Der Fall Imre Nagy, Köln, 1958, S. 115.

³² Bochenski-Niemeyer: Handbuch des Weltkommunismus, Freiburg, 1958, S. 233.

³⁰ Siehe Anmerkung 10.

Völkerrechtlich erhebliche Motive für die Lösung vom Warschauer Vertrag waren im Falle Ungarns die schwere Verletzung der staatlichen Grundrechte durch die UdSSR und eine evidente Vertragsverletzung durch die sowjetische militärische Intervention. Der Fall einer unrechtmäßigen Intervention stellt sich als eine wesentliche Veränderung der Umstände dar, die eine Lösung von einem mehrseitigen Vertrag gestattet³³. Die sowjetische Intervention in Ungarn bedeutete zweifellos auch das Ende der hochtrabenden Idee einer sozialistischen Militärkoalition. Unter den Warschauer Vertragsstaaten hat sich allein Polen von dieser sowjetischen Aktion distanziert. Allerdings lag ein sowjetischer Entschluß zur bewaffneten Aggression gegenüber Polen durchaus im Bereich des Möglichen. Nach unbestätigten Meldungen drang besonders der zur Heimreise gezwungene Sowjetmarschall Rokossowski (bis Herbst 1956 polnischer Verteidigungsminister) auf Revanche gegen Gomułka. Zwei Tage vor dem erneuten Eingreifen sowjetischer Truppen in Budapest, am 2. November 1956, veröffentlichte das Zentralkomitee der KP Polens einen Aufruf an die Arbeiterklasse der polnischen Nation zu den Ereignissen in Ungarn. Darin hieß es: «Wir haben stets mit ganzem Herzen auf der Seite der ungarischen Arbeiter und ihrer Landsleute gestanden, die mit ihnen für eine sozialistische Demokratisierung und gegen die Kräfte gekämpft haben, die – koste es, was es wolle – in Ungarn jene alten Herrschaftsmethoden aufrechtzuerhalten versuchten, die das Volk so verabscheut ... Wir sind der Meinung, daß die Volksdemokratie und die sozialistischen Errungenschaften in Ungarn vom ungarischen Volk unter Führung seiner Arbeiterklasse aus eigener Kraft verteidigt und erhalten werden können, nicht aber durch eine Intervention von außen. Dieser unser Standpunkt findet seine Begründung in den pragmatischen und in den ideologischen Grundsätzen unserer Partei.» Im weiteren stellte der Aufruf der KP Polens fest: «Gelegentlich sind Forderungen auf Abzug der sowjetischen Truppen aus ganz Polen laut geworden³⁴.»



Bild 18. Ungarische Volksarmisten auf der Seite der Aufständischen.

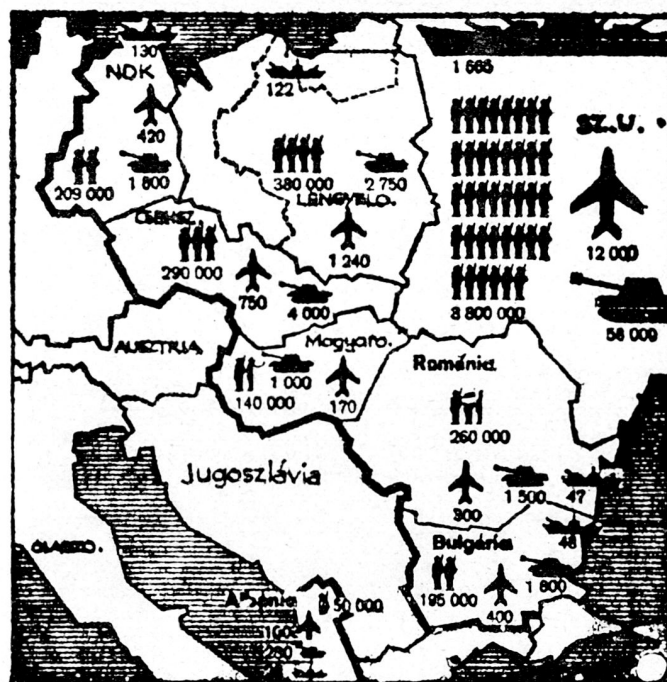


Bild 19. Darstellung der bewaffneten Kräfte der Warschauer-Pakt-Staaten in einer jugoslawischen Zeitung. Stand 1966/67.

Auch im späteren waren die Polen der Ansicht, daß «der Warschauer Pakt nicht als eine legale Basis der Aktionen der sowjetischen Streitkräfte während der tragischen Ereignisse, die in Ungarn stattfanden, gebraucht werden kann³⁵.» Die jahrelang sowjetisch geschulte Ungarische Volksarmee kämpfte mit vielen Einheiten an der Seite der Aufständischen und man mußte feststellen, daß während der Volkerhebung nicht wenige Sowjetsoldaten gegen ihre rebellierenden «Brüder» nur zögernd zu den Waffen griffen. Eine zwar kleine, aber doch höchst bedeutsame Anzahl von Sowjetsoldaten ging damals zu den «Konterrevolutionären» über und andere verhielten sich neutral. Zuletzt ergab sich die Notwendigkeit, die sowjetischen Besatzungstruppen durch frische Kräfte abzulösen, die aus Einheiten nicht-europäischer Herkunft bestanden und den Ungarn gegenüber keine besondere Verbundenheit empfanden³⁶.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn haben den Nachweis erbracht, daß die militärischen Verbände einiger Paktstaaten nicht mehr unbedingt als beachtliche Aktivposten des sowjetischen militärischen Potentials angesehen werden konnten. Dieser Umstand wurde angeblich von den höchsten sowjetischen Militärstellen schon immer in Betracht gezogen. Wie Oberst Oleg Penkowskij in seinem Werk «Geheime Aufzeichnungen» berichtete, sprach man in höheren Militärkreisen, die in der DDR in Garnison liegen, oft davon, daß die Sowjets im Falle einer Krise oder eines Krieges um Berlin sowohl auf West- wie auch auf Ostdeutsche werden schießen müssen. Alles ist darauf vorbereitet, nicht nur gegen die Bundesrepublik, sondern ebenso gegen Ostdeutschland zu kämpfen, da nach sowjetischer Auffassung alle Deutschen antisowjetisch eingestellt sind³⁷.

Trotz dieser negativen Erfahrungen begann die UdSSR in den sechziger Jahren die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten mit modernen Waffen auszurüsten. Gleichzeitig fanden neue Truppenkürzungen statt. Die Sowjetunion entließ nach

³⁵ W. Moraiwecki: Über den Warschauer Pakt, *Sprawy Międzynarodowe* (Internationale Angelegenheiten), Nr. 5, 1958, S. 29.

³⁶ Michael Cszimas: Die ungarische Volksarmee nach der Revolution, *Österreichische Militärzeitschrift*, Wien, 2/1967, S. 134–145.

³⁷ Oleg Penkowskij: *Geheime Aufzeichnungen*, München, 1966, S. 285.

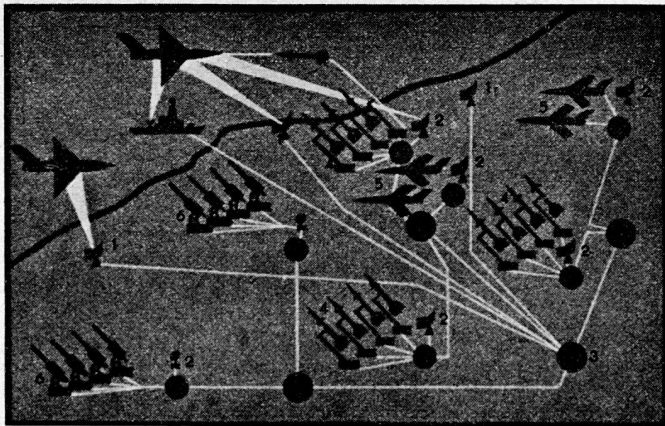


Bild 20. Das halbautomatische Luftverteidigungssystem der Warschauer-Pakt-Staaten: 1 Funkmeßstationen großer Reichweite; 2 Funkmeßstationen geringer Reichweite (Waffenleitsystem); 3 Zentraler Gefechtsstand; 4 Flak-Raketen; 5 Jagdfliegerkräfte; 6 Flak.

eigenen Angaben 300 000 Mann, Rumänien 55 000, Bulgarien 23 000, Polen 20 000, die CSSR 20 000 und Albanien 1000, das heißt, die Stärke der osteuropäischen Armeen ist von 1955 bis 1960 um fast ein Drittel herabgesetzt worden. Seit 1960 hat es zwar einige Veränderungen gegeben, doch blieb die Gesamtstärke der osteuropäischen Streitkräfte bis heute, ohne das dissidierende Albanien, auf rund 5 265 000 Mann³⁸.

Die Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages haben sich in den letzten Jahren zu einer modernen, einheitlich geführten militärischen Kraft entwickelt³⁹. Zur Hauptwaffe der Landstreitkräfte wurden taktische und operativ-taktische Rakentruppen. Es handelt sich dabei um Boden/Boden-Raketen auf durchwegs beweglichen Rampen, die Reichweiten von etwa 30 bis zu mehreren hundert Kilometern aufweisen. Die in der Sowjetunion und in einigen Paktstaaten stationierten Mittelstreckenraketen reichen bereits aus, um jeden beliebigen Ort von Westeuropa unter Feuer zu nehmen. Auch die Feuerkraft der herkömmlichen Artillerie wurde vervollkommenet, nicht zuletzt durch verschiedene Typen moderner Raketenwerfer. Die Feuerkraft der Panzerabwehr konnte durch Panzerabwehrlenktraketen verbessert werden. Die Panzertruppen sind einheitlich mit dem mittleren Kampfpanzer T-54 und dem schon verbesserten T-55, ausgerüstet. Sehr rasch haben sich die Luftlandetruppen der Vereinten Streitkräfte entwickelt. Polen, die DDR und die CSSR haben ebenfalls Luftlandetruppen aufgestellt. Die in großer Zahl einsatzfähigen sowjetischen schweren Transportmaschinen der Typen AN 12 und AN 22 sind in der Lage, über Tausende von Kilometern hinweg kompakte Luftlandeverbände zum Einsatz zu bringen. Neue Kampfflugzeuge unterstützen die Landstreitkräfte. Dabei handelt es sich um Typen wie Su 7 und Su 9, die mehr als doppelte Schallgeschwindigkeit erreichen. Bewährt hat sich das in den letzten Jahren immer mehr vervollkommnete System der gemeinsamen Luftverteidigung. Zu ihm gehören sowohl moderne Abfangjäger (MiG 21 und deren verbesserte Typen) als auch Fliegerabwehrraketen, wie die neue Guideline. Im Ostseeraum operieren die sowjetische Rotbannerflotte, die

³⁸ Michael Cszmas: Die sowjetische Militärdoktrin, Der klare Blick, Bern, Nr. 18/1964.

³⁹ Der Ostblock ist stark!, Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Berlin-Ost, Nr. 11/1965. Vgl. ferner: NVA – Mitglied der I. Strategischen Staffel, Neues Deutschland, Berlin-Ost, 22. April 1965. Der Motorisierungsgrad der Paktarmeen entspricht gegenwärtig dem Stand von etwa 30 PS pro Mann. In der ostdeutschen Armee kommen beispielsweise 29,1 PS auf einen Soldaten, das heißt, daß etwa drei Panzer, zehn LKW, vier Kübelwagen und sechs Kräder auf eine 100 Mann starke Einheit entfallen.

polnische Seekriegsflotte und die DDR-Volksmarine gemeinsam. Sie verfügen vom Raketenzerstörer, U-Boot und U-Boot-Jäger bis zum schnellen Raketenboot über alle modernen Kampfmittel.

Sowjetarmee, Polnische Volksarmee, Tschechoslowakische Volksarmee und ostdeutsche Nationale Volksarmee bilden in Mitteleuropa die erste strategische Staffel der Vereinten Streitkräfte; sie verfügen über modern ausgerüstete und ausgebildete Divisionen.

Neben der Modernisierung der Bewaffnung wurde auch der Ausbildungsstand der Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten planmäßig entwickelt. Bis auf wenige Ausnahmen verfügen alle Regimentskommandanten über eine abgeschlossene militärischen akademischen Bildung. Jeder siebente Offizier ist ingenieurtechnisch ausgebildet. Gleichzeitig hat man die Indoktrinierung der Offiziere und der Soldaten gesteigert. Mehr als 90 Prozent der Offiziere sind Mitglieder der kommunistischen Parteien.

Die Doktrin der militärischen Überlegenheit

Die politischen und militärischen Führer der Warschauer-Vertrags-Staaten bezeichnen die Paktorganisationen in der Regel als die «mächtigste Militärkoalition der Welt» oder als das «stärkste Militärbündnis der Welt» und weisen darauf hin, daß es kein Gleichgewicht der Kräfte gibt, sondern seit langem eine «eindeutige militärische Überlegenheit der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft»⁴⁰.

Die Entwicklung der Raketen-Kernwaffen verschiedener Typen und ihre Einführung bei der Truppe sind die Grundlage jener umfassenden Revolution, die in den fünfziger Jahren das ganze sowjetische Militärwesen umwälzte. Die Sowjetunion hatte somit – nach dieser Auffassung – Mitte der fünfziger Jahre «die absolute militärische Überlegenheit errungen». Für die militärische Überlegenheit werden vor allem die folgenden Faktoren genannt⁴¹:

Die militärische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten beruht auf der einheitlichen Wirtschafts- und Staatsordnung der Teilnehmerstaaten. Diese Wirtschaftsordnung gestattet eine viel ergiebigere Nutzung des ökonomischen Potentials für die Verteidigungskraft als dies in einem westlichen Land möglich ist. Die militärischen Möglichkeiten werden schon in Friedenszeiten offensichtlich. So benötigt angeblich die UdSSR beispielsweise für die Entwicklung eines schweren Flugzeuges etwa drei bis vier Jahre, die USA entwickelten ihren strategischen Bomber B 52 in etwa acht Jahren. Allein am amerikanischen Mondraketenprogramm arbeiten fünf untereinander konkurrierende Werke.

Das Militärprogramm der kommunistischen Parteien sichert auch international eine einheitliche Militärdoktrin, eine einheitliche strategische Konzeption und ein einheitliches militärtechnisches Programm. Dagegen weist das westliche Bündnis zu viele widerstrebende Interessen auf.

In der Heranbildung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses können weder Washington noch Bonn mit Moskau Schritt halten. In der UdSSR werden jährlich 190 000, in den USA nur 90 000 Ingenieure ausgebildet. Von allen Hochschülern wenden sich in der UdSSR 57 Prozent und in den USA 24 Prozent den technischen Disziplinen zu.

In westlichen Publikationen über das militärische Kräfteverhältnis wird fast nie die strategische Rohstofflage beachtet,

⁴⁰ Walter Ulbricht: Mächtigste Militärkoalition der Welt schützt die sozialistischen Staaten, Volksarmee, Berlin-Ost, Oktober 1965. Vgl. ferner: Der Irrtum des McNamara, Volksarmee, Berlin-Ost, Nr. 1/1964. Siehe auch: Modern und überlegen, Berliner Zeitung, Berlin-Ost, 16. Februar 1964.

⁴¹ Siehe Anmerkung 24.



Bild 21. Einheit durch Doktrin: Die Chefs der Politischen Hauptverwaltungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages: von links nach rechts: Generaloberst Wasjagin (UdSSR), Generalmajor Borbandi (Ungarn), Armeegeneral Jepischew (UdSSR), Admiral Verner (DDR), Divisionsgeneral Urbanowicz (Polen), Generalmajor Coman (Rumänien), Generalleutnant Prchlik (CSSR), Generalleutnant Tschernew (Bulgarien).

die aber für die Kriegsführung nicht unwichtig ist. Die Warschau-Pakt-Länder verfügen über rund 60 Prozent der geologisch erforschten Weltvorräte an Kohle, über 47 Prozent der Reserven an Eisenerz und 85 Prozent an Kalisalzen. Allein die UdSSR verfügt über 88 Prozent aller Manganerz-, 58 Prozent aller Kohle-, 54 Prozent aller Kalisalz- und 41 Prozent aller Eisenerzvorkommen. Fünf Länder der Pakt-Teilnehmerstaaten sind durch die transeuropäische Erdölleitung «Freundschaft» verbunden.

Dagegen sind die Westmächte in dieser Hinsicht sehr verwundbar. Die USA sind bei vielen strategischen Rohstoffen auf die Einfuhr angewiesen (90 Prozent ihres Mangan-, 81 Prozent ihres Kupfer-, 99 Prozent ihres Nickel- und Chrom und 100 Prozent ihres Zinnbedarfes). Großbritannien ist fast vollständig von der Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe abhängig. Am kompliziertesten wäre für die NATO-Staaten im Kriegsfall die Treib- und Schmierstofflage. 70 Prozent ihres Erdölbedarfs müssen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens gedeckt werden. Die mittellöstlichen Erdölreserven machen mehr als 40 Prozent der Weltreserven aus. Sie sind für die russischen Bomberflugzeuge von den Flughäfen in Armenien aus in wenigen Stunden erreichbar.

Ebenso ungünstig wie die strategische Rohstofflage ist die militärgeographische Lage der NATO. Das Vereinte Oberkommando des Warschauer Vertrages kann in der gesamten militärischen Planung von der territorialen Geschlossenheit ausgehen. Die äußerst ungünstige militärgeographische Lage der NATO stellt vor allem ihre Logistik vor fast unlösbare Probleme beim Nachschub ausreichender Truppenkontingente, Waffen und Treibstoff. Aufschlußreich ist, daß für den Lufttransport einer Tonne Fracht von den USA nach Europa eine Tonne Treibstoff benötigt wird. Zu diesem militärgeographischen Dilemma kommt die ungünstige Standortverteilung der Industrie in den NATO-Staaten hinzu. So sind beispielsweise im Ruhrgebiet 98 Prozent der westdeutschen Steinkohleförderung und Kokserzeugung, 85 Prozent der Stahlerzeugung und 80 Prozent der Roheisenproduktion konzentriert. In diesem Gebiet wohnen

etwa 40 Prozent aller Beschäftigten der Bundesrepublik. In England gibt es vier Hauptindustriezentren, die 90 Prozent der industriellen Bruttoproduktion umfassen. Der überwiegende Teil der italienischen Rüstungsindustrie liegt in dem engen Raum Mailand, Genua und Turin. Frankreich besitzt drei industrielle Schwerpunkte und in den USA sind 75 Prozent ihrer industriellen Produktion im Norden konzentriert (Chicago, Pittsburgh, Philadelphia und Detroit). Diese industrielle Konzentration ermöglicht angesichts der heutigen modernen Raketenwaffen eine günstige strategische Zielplanung.

Die Stärke der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten tritt unter anderem am augenfälligsten in ihrer einheitlichen Bewaffnung und technischen Ausrüstung zutage. Die einheitliche Militärtechnik bietet der Truppenführung vielseitige Vorteile bei Gefechtshandlungen und für die Ersatzteilbeschaffung. Darüber hinaus kann das Material in größeren Serien hergestellt und dadurch mit niedrigeren Kosten rasch bei der Truppe eingeführt



Bild 22. Der Treibstoffnachschub der NATO und der Staaten des Warschauer Paktes in osteuropäischer Sicht – eine Quelle der sowjetischen «Überlegenheit».

werden. Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten sind von der Handfeuerwaffe bis zur Rakete einheitlich ausgerüstet. Alle Streitkräfte der Pakt-Teilnehmerländer besitzen die gleichen Panzertypen; ein leichtes Modell, zwei mittlere und zwei schwere (gegenüber neun der NATO); ein einziges Modell für Maschinenpistolen, Gewehre und Karabiner; einen Typ leichter Maschinengewehre (gegenüber neun der NATO); einen Typ schwerer Maschinengewehre (gegenüber acht der NATO); einen Typ taktischer Boden/Boden-Raketen (gegenüber mindestens vier der NATO); die gesamte Artillerie besteht aus sowjetischen Modellen, Kaliber und Munition sind einheitlich. Die Fabrikation von Waffen findet in großer Masse auch auf Grund sowjetischer Lizenzen statt, wenn auch mit Detailänderungen seitens der Ingenieure der einzelnen Staaten. Die Sowjetunion dürfte den Armeen Polens, der CSSR, der DDR und wahrscheinlich auch Rumäniens Geräte für nukleare Kriegsführung über den taktischen Bereich hinaus zur Verfügung gestellt haben, wobei natürlich anzunehmen ist, daß die Sprengköpfe unter sowjetischer Kontrolle bleiben.

Schließlich werden in der osteuropäischen Militärliteratur die Erfolge der sowjetischen Raumfahrt und Raketentechnik hinsichtlich der Schubkraft, der Reichweite und der Präzision der Trägerraketen und Flugkörper genannt. 1961/62 entwickelte die UdSSR Raketen, die unabhängig von ihrer Richtung um den ganzen Erdball fliegen können, sogenannte Globalraketen. Durch sie sind die USA von jeder Richtung aus verwundbar. 1964/65 brachte die Sowjetunion einen neuen Typ von Raketen zur Einsatzreife, die «Orbitalrakete». Wie ein Satellit umkreist sie die Erde und kann von dieser Bahn aus zu beliebiger Zeit auf ihr Ziel angesetzt werden. Ferner hat man den Aufbau einer mit weitreichenden Raketen bestückten Unterseebootflotte, der sogenannte «blaue Verteidigungsgürtel», angekündigt. Die ballistischen Raketen dieser Boote können unter Wasser gestartet

werden und besitzen eine Reichweite von mehreren tausend Kilometern. Ab 1961 hatte die UdSSR das Problem der Abwehr von Raketen im Flug gelöst.

Diese Thesen der Doktrin der militärischen Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten werden in der westlichen Fachliteratur ziemlich skeptisch beurteilt. Professor Dr. Thomas W. Wolfe, ein Direktionsmitglied der RAND Corporation vertritt die Meinung: «Die sowjetische Doktrin der militärischen Überlegenheit ist auch bezüglich der Frage häufig widerspruchsvoll, ob die Überlegenheit als schon erreicht oder lediglich als Ziel der künftigen Politik verstanden sein will. Ein gewisses Maß an Unklarheit über die Frage der militärischen Überlegenheit überträgt sich auch auf das strategische Gespräch zwischen Ost und West, von dem ein großer Teil den Behauptungen jeder Seite gewidmet war, daß das militärische Machtgleichgewicht sich zu ihrem eigenen Vorteil neige⁴²». Dagegen läßt sich leicht der Einwand erheben, daß anscheinend die zuständigen Stellen und Institutionen weder im Westen noch im Osten bereit sind, die gegenseitige Entwicklung realistisch zu betrachten und dem tatsächlichen Stand der Dinge Rechnung zu tragen.

Rumäniens Ruf nach Reformen

Die militärische Leistungsfähigkeit der Warschauer-Paktorganisation ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen, aber der aufkommende Nationalismus, antisowjetische Ressentiments und politische Gleichgültigkeit haben das innere Gefüge des osteuropäischen Militärbündnisses in mancher Hinsicht erschüttert. Dieser Trend ist, wenn das überhaupt möglich war, während der sechziger Jahre in der Entwicklung der osteuropäischen Staaten noch deutlicher geworden. Rumäniens Eigenwilligkeit hat schon mehr als einmal das osteuropäische Bündnissystem in Frage gestellt. Neuerlicher Anlaß war die Rede des rumänischen Parteichefs Nicolae Ceausescu im Zusammenhang mit dem 45. Jahrestag der RKP am 7. Mai 1966, in der er auf kritisch-ablehnende Weise den Fortbestand des Warschauer Paktes in Frage stellte: «Das Bestehen von Blöcken und die Entsendung von Truppen in andere Länder sind ein Anachronismus, der mit normalen zwischenstaatlichen Beziehungen unvereinbar ist. Immer breitere Kreise der öffentlichen Meinung und immer mehr Staaten bekunden die Tendenz, die Militärblöcke zu beseitigen, die ausländischen Stützpunkte aufzulösen und die Truppen von den Gebieten anderer Länder abzu ziehen⁴³.»

Zweifellos wurde diese Forderung vor allem an die Washingtoner und Moskauer Adresse gerichtet und insbesondere hat sie dem Kreml erheblichen Verdruß bereitet. Es liegt aber auf der Hand, daß auch die DDR – wo 20 sowjetische Divisionen stationiert sind – von derartigen Tendenzen stark betroffen wird.

Gezielte Indiskretionen rumänischer Diplomaten in Moskau ließen sehr bald erkennen, daß in Ceausescus Worten eine auf lange Sicht angelegte Grundtendenz rumänischer Außenpolitik zum Ausdruck kommt⁴⁴. Gleichfalls in Moskau bestätigten rumänische Diplomaten, Bukarest verlange ein Vetorecht gegenüber der Anwendung sowohl strategischer als auch taktischer Atomwaffen, absolute Entscheidungsfreiheit über den Einsatz der eigenen nationalen Streitkräfte und ein größeres Mitspracherecht in der Führung des Warschauer Paktes. Einer United Press-Meldung aus Moskau zufolge zirkulierte bei den Bündnispartnern ein rumänisches Papier, in dem Bukarest seine Ansichten präzisiert haben soll und zum Ausdruck bringe,

Einheitliche Ausrüstung der Armeen des Warschauer Vertrages erhöht ihre Kampfkraft (Gegenüberstellung zu NATO-Armeen)



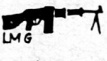




Schützenwaffen	Warschauer Vertrag ANZAHL DER TYPEN	NATO
 MPi	1 ⁺	4
 GEWEHRE U. KARABINER	1 ⁺⁺	8
 LMG	1	9
 SMG	1	8
 REAKT. PZ.-BÜCHSEN	1	3
* ¹) Armee der CSSR ist mit MPi eigener Konstruktion ausgerüstet ** ²) Gewehre für Wachregimenter zählen nicht		
Panzer (nur Kampfpanzer)	Warschauer Vertrag ANZAHL DER TYPEN	NATO
 LEICHTE PANZER (AUFK)	1 ⁺	4
 MITTLERE PANZER	2 ⁺⁺	9
 SCHWERE PANZER	2	2
* ¹) ohne Luftlandepanzer ** ²) T 34 vorwiegend nur noch als Lehrpanzer		

Bild 23. Einheitliche Ausrüstung der Armeen des Warschauer Vertrages. Aus: Deutsche Außenpolitik, Berlin-Ost, Heft 4/1965.

⁴² Thomas W. Wolfe: Sowjetische Militärstrategie, Köln, 1967, S. 94.

⁴³ Neuer Weg, Bukarest, 8. Mai 1966.

⁴⁴ Ludwig Auerbach: Differenzen im östlichen Bündnis, SBZ-Archiv, Köln, Juni 1966, S. 183.

- daß die Auffassungen der sowjetischen Regierung bezüglich der europäischen Sicherheit nicht realistisch seien,
- daß die Anwesenheit sowjetischer Truppen und die Unterhaltung von Militärstützpunkten in Osteuropa angesichts der wesentlich verringerten Gefahr eines großen Ost-West-Konfliktes nicht erforderlich sei,
- daß jedes Paktmitglied, das die Anwesenheit fremder Truppen auf seinem Gebiet für erforderlich hält, diese auf Grund bilateraler Abmachungen zulassen soll, in denen auch der Status der fremden Truppen festgelegt wird,
- daß Rumänien nicht zur Finanzierung im Ausland stationierter Truppen beitragen sollte.

Die weiteren rumänischen Forderungen waren: Die UdSSR solle die Paktstaaten vor der Verwendung von strategischen und taktischen Kernwaffen konsultieren (Vetorecht), und der Posten des Oberkommandierenden der Streitkräfte solle der Reihe nach auch von anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages besetzt werden.

Natürlich ist bei dieser rumänischen Aktion keineswegs von einem Austritt Rumäniens aus dem Warschauer Vertrag die Rede. Nur eines hat man in aller Deutlichkeit seinen Verbündeten gezeigt: Rumänien stellt das eigene nationale Interesse an die oberste Stelle. Die Führung ist nicht geneigt, sich irgendeiner Kontrolle oder Vormachtstellung von außen zu unterwerfen. Ein rumänischer Funktionär drückte dies in folgenden Worten aus: «Unsere Partei und Regierung hat endgültig die Prioritäten für ihre Handlungsweise gesteckt. Sie will zunächst dem eigenen Volke und dem eigenen Land dienen. Alles andere rückt ins zweite Glied.⁴⁵» Laut einer Meldung der Bukarester Zeitung «Romania libera» vom 20. Juni 1967 bekräftigte Ceausescu in einer Massenkundgebung in Kronstadt am 17. Juni die rumänischen Forderungen nach Reformen. Im Zusammenhang mit dem Problem der Sicherheit in Europa, wiederholte der Parteichef, daß eine Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes erwünscht wäre. «Es versteht sich aber, daß, solange der Warschauer Pakt besteht, Rumänien als Mitglied dieses Paktes die Zusammenarbeit und die gemeinsame Kampfausbildung unserer Armeen entwickelt und entwickeln wird, natürlich von den Prinzipien ausgehend, die die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten bestimmen, nämlich von der Tatsache, daß jedes Land, jede Armee gut organisiert, in jeder Hinsicht stark sein und ihr eigenes Kommando besitzen muß, das in der Lage ist, jede wie immer geartete Aufgabe zu erfüllen.»

Das neue osteuropäische Militärbündnisystem: bilaterale Beistandspakte

Die Vermutung, daß die Sowjetunion die bilateralen Beistandsverträge mit den volksdemokratischen Staaten neuerdings für mindestens ebenso wichtig hält wie den Warschauer Vertrag, wurde in der letzten Zeit wiederholt bestätigt. Manche neue Entwicklungen scheinen darauf hinzudeuten, daß das erneuerte System von zweiseitigen Beistandspakten zwischen den einzelnen Oststaaten auf die Ersetzung des Warschauer Vertrages hinaus-

⁴⁵ Der Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Nicolae Ceausescu hat seinen Standpunkt am 30. und 31. Mai 1967 an der Versammlung des Grundaktivs der Streitkräfte der Sozialistischen Republik Rumänien wiederholt bekräftigt: «Unseres Erachtens muß sich die Kooperation der Armeen der sozialistischen Teilnehmerländer des Warschauer Paktes wie auch der sozialistischen Länder im allgemeinen auf Beziehungen der Gleichheit und der vollen Souveränität gründen, doch gleichzeitig auch auf enge Zusammenarbeit und gemeinsame Vorbereitung, um im Notfall gemeinsam vorgehen zu können.» Siehe auch: Harry Hamm: Risse im Warschauer Pakt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Mai 1966.

laufen könnte. Die Erneuerung der bilateralen Beistandspakte begann zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR. Der Vertrag vom 12. Dezember 1943 ist durch ein Protokoll vom 27. November 1963 verlängert worden. Die DDR und Rußland schlossen im Jahre 1964 einen Beistandspakt ab. Polen und die Sowjetunion kamen im April 1965 überein, den Pakt um weitere 20 Jahre zu verlängern. In einer gemeinsamen Deklaration vom 9. April 1965 wird zwar von der «Verlängerung» gesprochen, doch für die Präambel hat man dafür die Bezeichnung «Erneuerung» verwendet, da es sich tatsächlich um eine Erneuerung des alten Vertrages handelt⁴⁶.

Bereits im März 1967 wurden Vermutungen laut, wonach die Reihe bilateraler Verteidigungs- und Beistandspakte, die gegenwärtig im gesamten Ostblock verlängert oder neu abgeschlossen werden, in erster Linie sicherheitspolitische Lösungen für Europa vorbereiten sollten. Die Tatsache, daß die NATO-Staaten bald darüber entscheiden müssen, ob der Nordatlantikpakt im Jahre 1969 verlängert werden soll, gibt dem Ostblock Gelegenheit, gegen seine Verlängerung und für eine Außerkraftsetzung des Warschauer Vertrages zu plädieren und rechtzeitig das Projekt eines neuen Systems der kollektiven Sicherheit in die Diskussion zu werfen. In diesem Lichte gewinnt der Abschluß oder die Erneuerung der verschiedenen zweiseitigen Beistandsabkommen zwischen den osteuropäischen Staaten seine eigentliche Bedeutung⁴⁷.

Vor allem bedeutete die Bildung des «Eisernen Dreiecks» Warschau-Ostberlin-Prag als Kerngebiet der sowjetischen Verteidigung in Europa eine Bestätigung der diesbezüglichen sowjetischen Militärpolitik. Polen konzentrierte sich seit 1959 darauf, bilaterale Verträge mit Ostdeutschland und Dreierarrangements unter Einschluß der CSSR zustande zu bringen. Es kam zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit unter den drei Partnern. Das von Gomulka propagierte Dreieckssystem kam vor allem auf sowjetischen Druck zustande, denn die Sowjets glaubten zu Recht, daß Gomulkas Konzept vom Wunsch bestimmt ist, ihnen zu helfen.

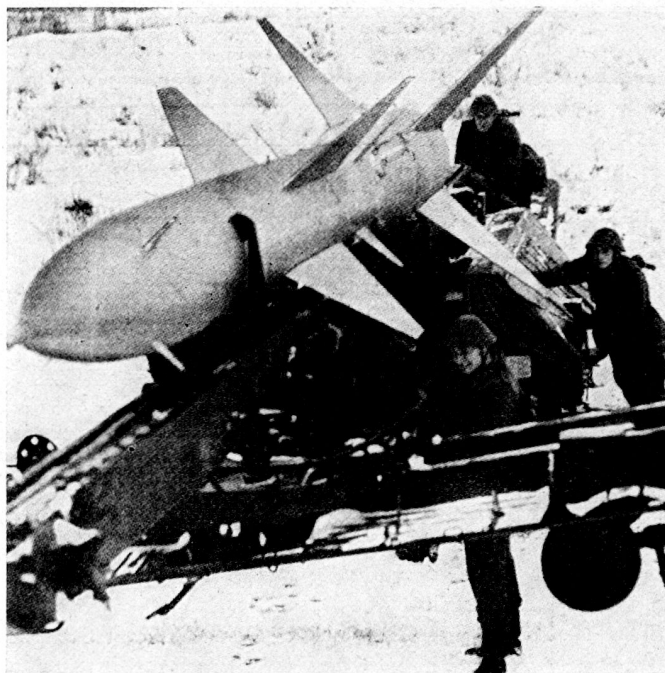


Bild 24. DDR, Nationale Volksarmee: Flak-Rakete in Stellung.

⁴⁶ Siehe Anmerkung 3.

⁴⁷ Klaus Emmerich: Ostblock-Pflichtübung, Die Presse, Wien, 17. März 1967.

Vom strategischen Gesichtspunkt aus bilden Polen, Ostdeutschland und die CSSR den harten Kern des osteuropäischen Militärbündnisystems. Die Kontrolle über diese drei Länder ist die Grundlage der sowjetischen Stellung an der Ostsee und die Basis eines Zugangs nach Westeuropa. Das Dreieckssystem erlaubt ferner der UdSSR, ihre drei wichtigsten Satelliten in Reih und Glied zu halten. Gomulka stellte sich ja dieses System nur mit der Unterstützung der Sowjetunion vor, und so ist es tatsächlich nicht ein Dreieck sondern ein Viereck.

Wladyslaw Tykocinski, der Chef der Polnischen Militärmission in Westberlin, der am 16. Mai 1965 die amerikanischen Behörden um politisches Asyl bat, hat dies schon damals vorausgesagt⁴⁸.

Die Verträge, die am 16. März 1967 zwischen der DDR und Polen sowie am 18. März 1967 zwischen der DDR und der Tschechoslowakei geschlossen wurden, dienen der «Festigung und Stärkung des Bruderbandes sozialistischer Staaten». Als Zweck dieser beiden Verträge wurde die Verhinderung der «Aggression der Kräfte des westdeutschen Militarismus und Revanchismus» angegeben⁴⁹. Im Falle eines bewaffneten Angriffs irgendeines Staates auf eine der vertragsabschließenden Seiten wird ihr die andere vertragsschließende Seite unverzüglich militärischen und sonstigen Beistand leisten. Die Verträge wurden auf die Dauer von zwanzig Jahren abgeschlossen. Sie stellen – nach offizieller Erklärung – eine «Konkretisierung und Weiterentwicklung» des Warschauer Vertrages dar. Bereits in der ersten Aprilwoche fuhren die polnischen Partei- und Regierungsvertreter nach Sofia, um einen neuen Beistandsvertrag zwischen Polen und Bulgarien zu unterzeichnen. Damit weiteten Polen und Bulgarien das Netz der zweiseitigen Verträge, wie sie bereits mit Ostberlin und Prag abgeschlossen wurden, auf den Balkan aus. Im Mai folgte der Vertrag zwischen Bulgarien und der UdSSR sowie der Vertrag zwischen Ungarn und der DDR.

Der eventuelle Ersatz des Warschauer Paktes durch ein neues Bündnisystem der zweiseitigen Beistandsabkommen wird eigentlich nicht viel an den bis jetzt bestehenden militärischen Verhältnissen in Osteuropa ändern. Auch die zweiseitigen Verträge sanktionieren die Abhängigkeit der volksdemokratischen Länder von Moskau und stellen sie nur formell auf eine neue Basis.

Die entscheidende Stimme in allen militärischen Angelegenheiten besitzt auch weiterhin die UdSSR. Die Sowjetarmee ist hinsichtlich der Qualität oder Quantität unvergleichbar stärker und besser ausgerüstet, besitzt auch nukleare Waffen und steht weit über den Streitkräften der Bündnispartner. Die mit der UdSSR verbündeten Länder werden durchwegs von kommunistischen Parteien regiert. Keines von ihnen war in den letzten Jahrzehnten eine Großmacht; alle sind kleine oder mittlere, meistens auch wirtschaftlich schwache Staaten. Kein Verbündeter Moskaus ist dazu imstande, die sowjetische Hegemonie in Frage zu stellen. Die allseitige sowjetische Übermacht ist im Rahmen des Ostblocks weitaus erdrückender als beispielsweise die der USA im atlantischen Raum. Vor allem ist die Art der Beziehungen zu den Verbündeten im Osten völlig anders als im Westen. Eine amerikanische Intervention gegen den Abfall eines Alliierten mit brutalen Mitteln ist undenkbar; der Kreml setzte jedoch

seine Divisionen in Marsch, als die Regierung Imre Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag ankündigte. Die kommunistischen Parteien haben schon seit jeher ein heikles Verhältnis zu den Völkern, die sie regieren, umso mehr sind sie aber auf die sowjetische Hilfe und Unterstützung angewiesen. Seit der ungarischen Revolution wird in Osteuropa die Einheit der Doktrin, der Ausrüstung und der Befehlsgewalt in sowjetischer Hand immer stärker. Selbst in der Frage der für die moderne Kriegsführung so wichtigen Kernwaffen gibt es im Osten keine großen Streitigkeiten. Niemand außer der UdSSR kann sie herstellen, kein osteuropäischer Staat erhebt auf sie einen autonomen Anspruch; die Paktstreitkräfte haben aber sowjetische Atomwaffen für den Ernstfall zur Verfügung. Die militärische Zusammenarbeit Osteuropas bleibt mit oder ohne Warschauer Vertrag intakt, solange dort kommunistische Parteien an der Macht sind.

Wenn auch den Armeen der Satelliten in der neuen sowjetischen Strategie keine selbständigen offensiven Aufgaben zugemutet werden, erfüllen sie weiterhin wichtige Funktionen⁵⁰. Die osteuropäischen Länder bieten nach wie vor bedeutende strategische Vorteile für die UdSSR. Bulgarien und Rumänien sind wichtige Basen für die Herrschaft über das Schwarze Meer. Die gut ausgerüsteten polnischen Marinestützpunkte mit den sowjetischen und ostdeutschen Häfen erlauben die völlige Kontrolle der Ostsee durch die in diesem Raum der NATO überlegene sowjetische Kriegsmarine. Die Errichtung von Raketenbasen auf dem Gebiet der Oststaaten ermöglicht es der UdSSR, jedes beliebige Ziel in Westeuropa vernichten zu können. Für die Sowjetarmee ist die Beibehaltung Ostdeutschlands als Pufferzone oder Offensivbasis im Herzen Westeuropas von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Armeen der Paktstaaten können ferner im Fall eines möglichen westlichen Gegenschlages den Aufmarschraum der Sowjetarmee sichern. Sie erfüllen auch eine wichtige innenpolitische Funktion in den volksdemokratischen Staaten. Sie können im Falle von Unruhen oder Aufständen eingesetzt werden. Dabei können sie entweder unmittelbar von sowjetischen Besatzungstruppen im Lande (Berlin 1953, Budapest 1956) unterstützt oder indirekt von eingreifsbereiten und in Grenznähe stationierten sowjetischen Verbänden gedeckt werden. In den letzten Jahren ist die Warschauer-Pakt-Organisation zusehends an militärischer Stärke gewachsen. Die Modernisierung der Streitkräfte der Volksdemokratien ist mit materieller, technischer und finanzieller Hilfe Rußlands nach dessen Muster durchgeführt worden. Wo vor einem Jahrzehnt nur schlecht ausgerüstete und ausgebildete Divisionen ohne nennenswerte Kampfkraft waren, stehen heute – allein im Abschnitt Mitteleuropa – rund fünfzig dem Vereinten Oberkommando unterstellte, einheitlich ausgebildete und operativ aufeinander eingespielte Divisionen. Je moderner und stärker die Streitkräfte des Warschauer Vertrages werden, um so intensiver kann die

⁴⁸ Oberst Tykocinski: das Zeugnis eines Patrioten, Osteuropäische Rundschau, München, 9/1966, S. 3–8.

⁴⁹ Wurden die Vertragsziele nicht schon im Warschauer Pakt fixiert?, Junge Welt, Berlin-Ost, 23./24. März 1967. Siehe ferner: Mi a szocialista orszagok célja az új szerződésnek? (Was wollen die sozialistischen Staaten mit den neuen Verträgen bezwecken?). Orszag-Világ, Budapest, Nr. 22/1967, S. 2.

⁵⁰ Sokolowski: Militär-Strategie, Köln, 1964, S. 518: «Für gemeinsame Operationen auf einem Kriegsschauplatz können operative Großverbände unter Einbeziehung von Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte verschiedener sozialistischer Länder aufgestellt werden. Die Führung dieser Großverbände kann dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte übertragen werden, bei dem sich Vertreter der Oberkommandos der verbündeten Länder befinden werden.» Auch Oberst Penkowski – siehe Anmerkung 37, S. 179 – berichtete darüber, daß während der Manöver, aber auch im Falle von militärischen Operationen die Divisionen der Satellitenländer völlig in die Kommandostruktur der Sowjetarmee eingebaut werden: «Das wird für notwendig gehalten, weil wir ihnen noch immer nicht trauen. Es könnte sein, daß sie die Gewehre gegen die Sowjetunion richten oder zum Westen überlaufen.»

Vgl. auch: Raymond L. Garthoff: Die Armeen der Ostblockstaaten, Osteuropäische Rundschau, München, Heft 10/1965.

sowjetische Politik eine Propaganda betreiben, die auf eine militärische Verdünnung in Mitteleuropa zielt. Es gibt schon jetzt nichts Vergleichbares zwischen Ost- und Westeuropa; die Auflösungserscheinungen der NATO haben sich in keiner Weise auf das osteuropäische Militärbündnis ausgewirkt. Alle Vorschläge der Sowjets, die beiden Militärrallianzen aufzulösen, lassen die bilateralen Beistandspakte Osteuropas außer Betracht. Der immer stärker werdende Ruf nach Abschaffung der multilateralen Militärbündnisse in West- und Osteuropa ist daher verständlich,

denn die Sowjetunion weiß sich dank der bilateralen Abkommen der osteuropäischen Staaten ebenso stark wie vorher.⁵¹

⁵¹ Unsere Annahme beweisen auch die Worte des Generalsekretärs der RKP, N. Ceausescu, an der in Anmerkung 45 zitierten Versammlung des Grundaktivs der rumänischen Streitkräfte: «Es ist klar, Genossen, daß Rumänien, ein sozialistisches Land, ob der Warschauer Pakt besteht oder nicht, falls der Imperialismus einen Krieg entfesselt, an der Seite der anderen sozialistischen Länder für die Niederrückung der imperialistischen Aggressoren kämpfen wird.» In: Neuer Weg, Bukarest, 2. Juni 1967, S. 1-2.

FLUGWAFFE UND FLIEGERABWEHR

Israels Sieg über die feindlichen Luftstreitkräfte im Juni 1967

Von Dr. W. von Weisl, Gedera (Israel)

Westliche Zeitungen suchten mit mehr oder weniger Phantasie nach dem «Geheimnis» des Sieges der israelischen Flieger bei der Zerstörung so gut wie aller arabischen Flugfelder, von Luxor im Süden bis zum Euphrat im Osten. Man berichtete über besondere Bomben, die Israel erfunden habe, und anderes. Gemäß seiner Tradition bleibt der Sprecher des Zahal¹ stumm, gibt weder Bestätigung noch Dementi zu diesen Erzählungen. Aber die offiziöse Erklärung des Erfolges ist weniger zurückhaltend: Das Geheimnis des Erfolges ist nichts anderes als acht Jahre langen ununterbrochenen harten Trainings und noch einmal Trainings und noch einmal Trainings. Vom früheren Kommandanten der Luftwaffe, General Ezer Weizmann, wurde das Offizierskorps schonungslos auf die eine und einzige Aufgabe vorbereitet: den Krieg gegen Ägypten als unvermeidlich zu erkennen und bereit zu sein, in diesem Krieg den ersten Schlag mit vernichtender Wucht zu führen.

Die Vorbereitungen dazu waren keineswegs «geheim»; sie wurden den fremden Militär- und Luftattachés demonstriert. Man zeigte ihnen bei Manövern, daß in 7 ½ Minuten ein «Mirage»-Jäger startbereit gemacht wurde, während in Europa und Amerika dazu ein Vielfaches der Zeit (aus Höflichkeit gegen jetzige und ehemalige Freunde Israels sei die genaue Angabe verschwiegen) nötig war und in Ägypten für die Startbereitschaft eines MiG 21 nicht weniger als 2 Stunden erforderlich waren.

Aber wie so oft in der Kriegsgeschichte glaubten die Fachleute nicht ihren eigenen Augen. Sie hielten die Demonstration israelischen Trainings für einen Propagandabluß, den ganz besonders geübte und ausgesuchte Mannschaften ausnahmsweise einmal produzieren konnten. Ihr Urteil war: Das ist vielleicht auf dem Exerzierplatz möglich, nicht aber im Kriegsfall. Die Wahrheit aber war, daß im Kriegsfall die Zeit von 7 ½ Minuten noch herabgedrückt wurde; die Bodenmannschaften waren noch rascher als beim Exerzieren.

Wie das erreicht wurde, ist auch kein «Geheimnis». Weizmann stand vor der unabänderlichen Tatsache, daß seine Luftwaffe nie und unter keinen Umständen an Zahl den vereinigten arabischen Staaten mit ihrem praktisch unbeschränkten finanziellen (weil sie ihre Flugzeuge nicht bar bezahlen mußten) und Menschenpotential gleichkommen konnte. So machte Weizmann die einfache Rechnung: Wenn 500 arabische Flieger zweimal im Tage aufsteigen, 300 israelische Flieger aber achtmal im Tag fliegen, haben die Israelis eine erdrückende Übermacht. Man

muß also dafür sorgen, daß diese Zahl von acht Feindflügen im Tag auch erreicht wird.

In Parenthesen sei gesagt, daß diese Zahl von einem guten Durchschnitt der Flieger im Sechstagekrieg wirklich erreicht, in Ausnahmefällen sogar übertroffen wurde, etwas, was den Amerikanern und Franzosen, deren Apparate geflogen wurden, noch immer kaum glaublich erscheint.

Diese Leistungen wurden durch streng betriebswissenschaftliche Methoden erzielt. Zivile Leistungsingenieure wurden eingeladen, mit Stoppuhr in der Hand jede einzelne Phase des Startbereitmachens eines Kampffliegers zu überwachen und zu sehen, wo ein Bruchteil einer Minute abgeknippt werden konnte. Diese Methoden wurden Jahr um Jahr, Monat um Monat wiederholt und überprüft und verbessert, bis die Bodenmannschaften arbeiteten wie eine einzige Maschine. Dies war das eine «Geheimnis» des Erfolges.

Das zweite: Ganz ähnlich intensives Training der Flieger mit Zielbomben. Nochmals und nochmals, ohne Rücksicht auf die für Israels Wirtschaft schwer tragbaren Kosten wurden die Flieger zu Angriffen auf kleine und kleinste Zielpunkte in der Wüste des Negev eingesetzt, bis sie bis ins kleinste Detail ihrer Waffen sicher waren.

Das dritte Geheimnis: Weizmann verzichtete auf die «modernen», ihr Ziel magnetisch suchenden oder vom Flugzeug gesteuerten Geschosse, sondern bestand darauf, daß die rascher feuernden Kanonen die Vorzugswaffe seiner Flieger blieben. Dadurch waren diese den langsamer feuernden MiG dauernd überlegen. Dazu kam noch ein glücklicher Zufall: Der von einem christlichen Hauptmann der irakischen Luftwaffe nach Israel geflogene MiG 21 wurde von israelischen Fliegern bis ins kleinste Detail ausprobiert, bis ihnen alle seine guten und schlechten Eigenschaften geläufig waren. Dies trug zweifellos zur großen Sicherheit der Israelis im Kampf gegen ihre Gegner bei.

Dazu sei noch hinzugefügt, daß die sorgfältige Wartung der Flugzeuge auch ihren Anteil am Erfolg hatte. Man erzählt, daß einer der kommunistischen Luftattachés, der die Luftparade der Israelis beobachtete und den berühmten irakischen MiG 21 dabei sah, sich wunderte, daß dieses Flugzeug noch nach «so langen Monaten» flugfähig sei. Bei den Arabern sei seine normale Lebenszeit viel kürzer. Ähnlich äußerte sich ein Amerikaner, als er das Privatflugzeug Weizmanns sah – einen «Mustang». «Das muß der letzte 'Mustang' in der Welt sein, der noch fliegt», behauptete er; «alle anderen sind nur noch im Museum zu finden.»

¹ Zahal = Zewa Hagana le Jisrael, Verteidigungsarmee Israels.